



KANTON
NIDWALDEN

LANDRAT

KOMMISSION FÜR BILDUNG, KULTUR UND
VOLKSWIRTSCHAFT

An die
Mitglieder des Landrates

Stans, 01. April 2005

**Parlamentarische Initiative von Landrätin Franziska Ledergerber Kilchmann, Hergiswil, und
Mitunterzeichnende betreffend Änderung des Volksschulgesetzes
Bericht der Kommission BKV**

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Anlässlich der Landratssitzung vom 22. Dezember 2004 beschloss der Landrat die Parlamentarische Initiative von Landrätin Franziska Ledergerber Kilchmann, Hergiswil, und Mitunterzeichnende betreffend Änderung des Volksschulgesetzes, vorläufig zu unterstützen und die Kommission für Bildung, Kultur und Volkswirtschaft mit der Erarbeitung des Gesetzesentwurfes zu beauftragen.

Die Kommission für Bildung, Kultur und Volkswirtschaft hat die erwähnte Parlamentarische Initiative an der Kommissionssitzung vom 21. Februar 2005 in Anwesenheit der Initiatorin, der Bildungsdi- rektorin Beatrice Jann und Vreni Völkle, Amt für Volksschulen und Sport, eingehend beraten.

Zunächst erläuterte die Initiatorin, wie sie sich den Kulturaustausch mit der lateinischen Schweiz vorstellen könnte. Nach Ansicht der Initiatorin, könnte man in der 5./6 Klasse in das Fach Mensch und Umwelt ein Kulturfach integrieren. Andere Kommissionsmitglieder waren der Meinung, dass für das Fach Mensch und Umwelt bereits zum jetzigen Zeitpunkt sehr wenig Lektionen zur Verfügung stehen, und es durch die zusätzliche Integrierung eines Kulturfachs nicht noch weiter eingeschränkt werden sollte. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder sprach sich deshalb gegen eine gesetzliche Verankerung dieses Kulturfachs aus. Einig war man sich allerdings darüber, dass es den Lehrern offenstehen sollte, auf freiwilliger Basis einen Kulturaustausch zu fördern.

Bezüglich des Fremdsprachenkonzepts wurde bereits im Vorfeld zur Kommissionssitzung ein Grundlagenpapier erarbeitet, welches dem Anliegen der Parlamentarischen Initiative, dem Modell 3/7, Rechnung trägt. Grundsätzlich standen folgende zwei Varianten des Art. 21 Abs. 3 Volksschulgesetz (VSG) als Diskussionsgrundlage zur Verfügung:

Variante A:

In der Primarschule wird nur eine Fremdsprache unterrichtet.

Variante B:

In der Primarschule wird Englisch als einzige Fremdsprache unterrichtet.

Vorab ist zunächst festzuhalten, dass sich alle Mitglieder der Kommission für das Modell 3/7, d.h. nur eine Fremdsprache an der Primarschule, aussprachen. Am Modell 3/5, d.h. Englischunterricht ab der dritten und eine zweite Fremdsprache ab der 5. Primarklasse, wurde insbesondere bemängelt, dass Kinder mit der Wahlpflichtfachregelung Französisch oder Deutsch/Mathematik ab der 5. Klasse beim Übertritt in die ORS bzw. ins Gymnasium über unterschiedliche Lernniveaus verfügen würden. Zudem waren einige Kommissionsmitglieder der Meinung, dass insbesondere Kinder, welche nicht besonders sprachbegabt sind, mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule überfordert wären.

Eine Kommissionsmehrheit war der Meinung, dass in Art. 21 Abs. 3 VSG gesetzlich verankert werden sollte, dass Englisch als einzige Fremdsprache in der Primarschule unterrichtet wird. Dies wurde vor allem damit begründet, dass die Kinder durch die Computerprogramme, TV und auch über den ähnlichen Stamm der Sprachen Deutsch und Englisch einen näheren Bezug zur englischen Sprache haben. Des Weiteren wurde auch darauf hingewiesen, dass die Sprache Englisch im späteren Berufsleben und in der Wirtschaft sehr wichtig sei. Eine Kommissionsminderheit hingegen sprach sich für Französisch aus, da dies eine Landessprache sei.

Mit Beschluss vom 9. November 2004 hat der Regierungsrat in der neuen Stundentafel für die Primarschule festgelegt, dass ab Schuljahr 2005/2006 Englisch ab der dritten Klasse unterrichtet wird. Für Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2006/2007 erstmals in Französisch unterrichtet werden, wird eine Übergangsbestimmung ins Volksschulgesetz aufgenommen (vgl. Beilage 1).

Änderungsanträge der Kommission (vgl. Beilage 2)

Art. 21 Abs. 3 VSG:

In der Primarschule wird Englisch als einzige Fremdsprache unterrichtet.

Art. 84a 3. Fremdsprachen in der Primarschule

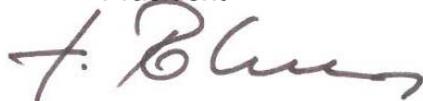
Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2006/2007 erstmals in Französisch unterrichtet werden, werden im Schuljahr 2007/2008 an Stelle von Englisch in Französisch unterrichtet.

Die Kommission beantragt dem Landrat, den Kommissionsanträgen zuzustimmen und Art. 21 Abs. 3 und Art. 84a ins Volksschulgesetz aufzunehmen.

Freundliche Grüsse

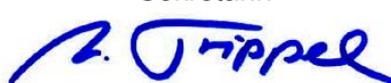
KOMMISSION FÜR BILDUNG, KULTUR UND VOLKSWIRTSCHAFT

Präsident



Hanspeter Rohner

Sekretärin



Nicole Trippel